

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

25.08.2022

Inhalt

EWN

1 | **Japan plant Bau weiterer Atomkraftwerke**
Handelsblatt.com, 24.08.2022 3

ATOMENERGIE

Japan plant Bau weiterer Atomkraftwerke

Japan will 20 Prozent seiner Stromversorgung durch Atomenergie erzeugen. Dafür will die Regierung die Kraftwerke länger laufen lassen – trotz der Katastrophe in Fukushima.

Während Deutschland über einen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken (AKW) diskutiert, will Japans Regierung Atomenergie in großem Maßstab wiederbeleben. Am Mittwoch ordnete Regierungschef Fumio Kishida seine Behörden an, Pläne für die Entwicklung und den eventuellen Bau von Kernkraftwerken der nächsten Generation zu erstellen. Außerdem will er die Laufzeit von bestehenden Reaktoren verlängern und derzeit abgeschaltete Anlagen schneller wieder ans Netz bringen.

Der mögliche Neubau von Atomreaktoren stellt eine deutliche Abkehr von der Politik des Landes nach der Atomkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 dar. Mit der Zeit schaltete Japan damals alle 54 Atomreaktoren ab, 21 davon auf Dauer. Von den restlichen 33 Reaktoren haben die Stromkonzerne für 25 eine neue Betriebsgenehmigung beantragt, für 17 Meiler haben sie bereits eine erhalten.

Von einem Bau neuer Reaktoren war offiziell allerdings bisher nicht die Rede. Viele Japaner befürworten nach der dreifachen Kernschmelze im AKW Fukushima 1 ein Auslaufen der Atomkraft.

Kishida nutzt die globale Energiekrise, um die von vielen Politikern in der regierenden Liberaldemokratischen Partei geforderte nukleare Renaissance durchzusetzen. Im Frühsommer hatte er bereits gefordert, stufenweise so viele Atomreaktoren wie möglich wieder ans Netz zu bringen. Damit könnte die Zahl laufender Meiler von derzeit sechs und zehn bis Ende des Jahres bis zum Sommer 2023 auf 17 erhöht werden.

Diese Maßnahme würde Japan kurz- und mittelfristig helfen, seine Abhängigkeit von Energieimporten und das Risiko von Stromausfällen zu verringern. Das Land importiert zwar nur weniger als zehn Prozent seines Flüssiggasbedarfs aus Russland. Aber zum einen treibt die globale Nachfrage die Preise von Flüssiggas massiv in die Höhe. Zum anderen reichte die Kapazität der

bestehenden Kraftwerke während einer Hitzewelle im Frühsommer in mehreren Metropolen nur dank Einsparungen von Unternehmen und Bürgern aus.

Ohne Neubauten stünde die Atomkraft langfristig vor dem Aus. Denn die meisten bestehenden Meiler sind schon mehr als 20 Jahre alt. Ohne eine Verlängerung der auf 40 bis 60 Jahre beschränkten Laufzeit müssten viele Reaktoren über die kommenden Jahrzehnte abgeschaltet werden. Und dies ist ein Problem für Japans Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein.

Die bisherige Klimastrategie sieht vor, bis 2050 den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix von derzeit rund 20 auf 60 Prozent zu verdreifachen. Wasserstoff und Ammoniak sollen weitere zehn Prozent beitragen, den Rest Thermal- und Atomkraftwerke. Je mehr Atomenergie Japan dabei zur Verfügung hat, umso geringer fällt der Anteil von Kohle- und Gaskraftwerken aus.

Kishida will schnellere Genehmigungsverfahren

Kishida schwebt daher neben dem Neubau von Reaktoren vor, die Laufzeit der Meiler durch bürokratische Kunstgriffe zu verlängern. Die oft zehn Jahre dauernden Genehmigungsverfahren könnten beispielsweise nicht auf die Laufzeit angerechnet werden.

Wie Kishida und die LDP ihre Atomwende letztlich vollziehen wollen, ist dabei noch unklar. Eine Frage ist, ob Kishida die langsamen Genehmigungsverfahren, die die Zustimmung der örtlichen Regierungen benötigen, wie gewünscht beschleunigen kann. Außerdem stehen bisherige Reaktortechniken wegen des Widerstands von Bürgergruppen nicht zur Diskussion.

Kishida und das Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (Meti) fordern stattdessen die Entwicklung von „sicheren“ Reaktoren, deren Bau dann ab 2030 beginnen könnte. Doch auch für neue Typen

müsste die Regierung wichtige Einwände gegen die Atomkraft aus dem Weg räumen – über die fehlende Endlagerung hinaus. Eine ist die Erdbebensicherheit der Reaktoren. In Japan kommt es täglich zu Erdbeben. Das AKW Fukushima 1 war beispielsweise nach einem der weltweit stärksten Beben der vergangenen 1000 Jahre von einem Riesensunami zerstört worden.

Der Beschuss von AKWs im Ukrainekrieg hat überdies die militärische Bedrohung auf die Tagesordnung gesetzt. Im Kriegsfall könnten Gegner Atomkraftwerke zerstören und so als radiologische Waffen missbrauchen, die weite Teile des Landes verstrahlen könnten. Und Japan weiß sich anders als Deutschland nicht nur im Visier russischer Raketen, sondern auch chinesischer und nordkoreanischer Waffen.